

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postbefreiung. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 26. September 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfzeilige Zeile; Ankauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklametanzeigen 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 112

Beitragsleistung und Unterstufungsätze ab 1. Oktober 1922

Der Verbandsbeitrag beträgt pro Woche für

Vollmitglieder	60 M.
Gewerkschaftsmitglieder	55 "
als Beitrag zur Invalidenkasse (§ 6a der Satzungen)	15 "

Der Beitrag für die Mitglieder der Bezirksabteilung beträgt pro Woche 3 M.

Das Eintrittsgeld beträgt:

nach § 3 Abs. 1 der Satzungen	35 M.
" § 3 Abs. 2 "	65 "

In Unterstufungen werden gezahlt:

Relieunterstützung:		
nach 13 bzw. 26 Beiträgen	35 M.	pro Tag
" 75 "	55 "	" "
Ortsunterstützung:		
nach 52 Beiträgen	35 "	" "
" 150 "	45 "	" "
" 500 "	55 "	" "
Gemeingewerkschaftsunterstützung:		
nach 52 Beiträgen	105 "	" "
" 150 "	135 "	" "
" 500 "	165 "	" "
Krankenunterstützung:		
nach 26 Beiträgen	35 "	" "
" 250 "	45 "	" "
Sonderbeiträge:		
in der niedrigsten Staffel	30 "	" "
" mittleren "	35 "	" "
" höchsten "	45 "	" "
Umsatzunterstützung:		
nach 52 Beiträgen eine der Beitragszahl entsprechende Beihilfe	650 M.	im Mindestfalle
" 100 "	900 "	" "
" 200 "	1150 "	" "
" 300 "	1400 "	" "
" 500 "	3900 "	" "
bis zum Höchstfalle von	3900 "	" "

Begräbnisgeld:

nach 52 Beiträgen	1350 M.
" 100 "	2700 "
" 250 "	4100 "
" 500 "	5500 "
" 750 "	6500 "
" 1000 "	7450 "
" 1250 "	8450 "
" 1500 "	9400 "

In der Bezugsdauer der einzelnen Unterstufungsätze hat sich nichts geändert.

Den aus dem Krankenhaus entlassenen Relieenden (§ 9 der Bestimmungen über die Unterstufungsbestimmungen) wird für jede dort zugebrachte Woche (Krankheitsdauer unter vier Tagen wird nicht gerechnet) 35 M. gewährt, und zwar bis zur Gelambdauer von sieben Wochen — 245 M. Auf laufende Krankenunterstützung haben reisende Mitglieder, die sich in Krankenhäusern befinden, keinen Anspruch.

Ortsunterstützung an Kurzarbeiter

- Mitglieder, die nur 24 Stunden in der Woche arbeiten oder in der zweiten Woche aussetzen, sind in der ersten Woche beitragspflichtig und erhalten in der darauffolgenden Woche für sieben Tage die ihnen zustehende Ortsunterstützung. Für nur eine unregelmäßig gearbeitete Woche wird keine Unterstufung gezahlt.
- Mitglieder, die mindestens drei Wochen lang in jeder Woche 30 Stunden arbeiten, haben in den ersten beiden Wochen je einen Beitrag zu leisten und erhalten in der dritten Woche für sieben Tage die ihnen zustehende Ortsunterstützung.
- Mitglieder, die mindestens vier Wochen lang in jeder Woche 36 Stunden arbeiten, haben in den ersten drei Wochen je einen Beitrag zu zahlen und erhalten in der vierten Woche für sieben Tage die ihnen zustehende Ortsunterstützung.

Der Verbandsvorstand

Voraussetzung, daß die „Wiener Arbeiterzeitung“ wieder erscheinen könne. Das hat dann die Zeitungsverleger schnell umgekehrt; das vordem Unmöglichkeit ging nun doch. — Die deutschen Zeitungsverleger hätten vor unsern Verhandlungen sehr erklärt, sie könnten angesichts der schwierigen Verhältnisse für die Presse weitere Forderungen von Gehilfenseite überhaupt nicht bewilligen. Die, wenn auch nur sehr geringen Erleichterungen, die durch das Eingreifen der Reichsregierung dem Zeitungs- und Druckgewerbe inzwischen zuteil geworden sind, haben dann von der ursprünglichen Absicht der Zeitungsverleger nichts in die Erscheinung treten lassen bei den Verhandlungen im Tarifauschusse. — Der Vorstand des Nachdruckverbandes hat sich mit einer Beschwerde über die Buchdrucker in Frankfurt a. M. an den ADGB, gewandt. Es solle durch Festsetzung bestimmter Vorschriften solchen Schädigungen der Gewerkschaften vorgebeugt werden. Dem Bundesauschusse werde Ende September die Sache unterbreitet. Für die Verbandsleitung gelte nach der Leipziger Generalversammlung des Verbandes verläßt der Grundlag, daß örtliche Lohnbewegungen nicht noch zur Stilllegung der Arbeiter- und der Gewerkschaftspressen dürfen. — Die Zeitungsverbote haben einmal wieder gegolten, daß die Personale die eigentlich Leidtragenden sind. Die Verbandsleitung habe Vorstellungen deswegen bei der Reichsregierung erhoben und auch Einhaltung der Kündigungsfrist von den Zeitungsverlegern verlangt. Eine Antwort sei noch nicht ergangen.

Zu einer Aussprache über Banknotendruck und Buchdruckerstreik machte ein Vertreter des ADGB, einleitende Bemerkungen. Diese gipfelten darin, daß die vielen wilden Bewegungen in den letzten Jahren, wobei manchmal kleine Gruppen von Arbeitern durch die Sperrung von Gas, Kraft, Wasser alles schamhaft leihen hatten, während die Kapitalisten viel weniger getroffen wurden, den ADGB, zu besonderen Vereinbarungen veranlaßt hätten. Für die sogenannten Betriebe in offener Hand (Eisenbahn, Bergbau usw.) sei dadurch das Streik-

recht nicht aufgehoben, der ADGB, habe sich aber ein Entscheidungsrecht gelichert, damit die Waffe des Streiks nicht unbilligerweise gegen die eignen Volksgenossen gerichtet werde. Daß der Banknotendruck einmal durch einen örtlichen Buchdruckerstreik in Frage gestellt und dadurch die Geldverteilung noch größer werden könnte, das wäre früher ein unmöglicher Gedanke gewesen. Gegenwärtig bestehe ein kolossaler Bedarf an Banknoten; die Reichspost liefert kein Geld mehr ab an die Reichsbank, sondern verlangt von dieser noch Überweisungen. Zur Landwirtschaft fließt enorm viel Geld, zurück aber nichts. Deutschland ist gezwungen, nach dem polnisch gewordenen Oberhessen einflussreich noch deutsches Geld zu liefern, Polen bezahlt aber mit der polnischen Mark und spekuliert mit der deutschen. Die Geldmittel werden somit im Verkehr geringer. Die Reichsbank ließ sich deshalb gezwungen, die an sie heranretenden Anforderungen nur in einem gewissen prozentualen Umfange zu erfüllen. Im Westen, an der Wasserlinie und in Süddeutschland in erster Linie hat infolgedessen schon mehrfach der Lohn nur in Teilen gezahlt werden können. Der ADGB, hat das Reichsfinanzministerium deshalb dringend erlucht, mehr Geldmittel zu beschaffen. Dieses antwortete u. a. damit, daß der Berliner Buchdruckerstreik im Juli viel geschadet habe. In weiterer Verfolge sei es zu einer Konferenz mit verschiedenen Reichsstellen gekommen, auf der Hervorhebung der Reichsdruckerlei zum lebenswichtigen Betrieb und ein besonderer, höherer Tarif für dieses Betriebsinstitut in Empfehlung kamen. Wege aber, die für die graphischen Arbeiter der Reichsdruckerlei zur Aufhebung des Streikrechts führen würden, seien nicht gangbar als Gewerkschaftler. Das Personal der Reichsdruckerlei könnte auch sonst nicht wieder vollst. nachdem so lange für seine Unterstützung in den allgem. Buchdruckerstreik gekämpft worden sei. Eine Sicherstellung der Reichsdruckerlei vor Störungen durch Streiks sei aber aus dem Allgemeininteresse heraus geboten. Es müsse eben von den graphischen Vorständen und vom ADGB, alles versucht werden, wenn erforderlich bis zum Reichskapitel hinauf, das bewilligt zu erhalten, was notwendig ist für das Personal. Die Zentralleitungen aber müßten leben, alle Bewegungen in ihre Hand zu bekommen und schnell zu Ende zu bringen.

In der Aussprache wurden beachtenswerte Momente vorgebracht, die freilich mit der Erklärung der Reichsdruckerlei in dieser Nummer („Rundschau“) manchmal nicht in Zusammenhang zu bringen sind, aber nach ihrer ganzen Darstellung und weil sie von Gegnern des Streiks vorgebracht wurden, doch völlig glaubhaft klingen. So wurde gesagt: Wenn man zwei Tage vorher zum Schutze der Republik demonstrierte, dann war der Streik erst recht unlogisch. Der Markthaus hatte große Schwierigkeiten gebracht. Eine heillose Kolonialart war entstanden auch durch die Annahme, daß die Reichsbank für sechs Wochen Geldvorrat habe; diesen falschen Glauben habe sie selbst erweckt. Tatsächlich habe sie wenig Vorratsstoffe gezeigt, auch mit der Herstellung des Papiers für den Notendruck, wenn man hier auch besondere Schwierigkeiten anerkennen müsse. Das Personal der Reichsdruckerlei hat durch Sonntagsarbeit in zwei Schichten den Zellausfall durch den Streik schnell eingeholt. Die Belegschaft der Reichsdruckerlei könne also nicht für den Mangel an Banknoten verantwortlich gemacht werden. Weiter wurde erklärt, der Berliner Gauvorstand habe keinerlei Absicht gehabt, den Notendruck stillzulegen. Die Leitung der Reichsdruckerlei sei mit dem Gedanken des Streiks ziemlich leicht umgegangen; es habe mehrmals schon geheißen: „Streik nur, Geld ist genug da!“ Es werde dort Pfennigfucherei getrieben. Nachdruckverleger mußten erst kürzlich wegen ihrer Zuschläge das Tariflich edsgerecht anrufen. Die Leitung gelte zu wenig Weisheit. Was aus ihr Konto geht, solle dann das Personal ausbaden. Aus Süddeutschland wurde mitgeteilt; daß die Störungen bei den Lohnzahlungen große Erregung hervorgerufen haben und von radikalen Elementen zu Angriffen auf den ADGB, ausgenutzt würden. In Sachen haben Buchdruckerstreik noch drastischer operiert: der Berliner Buchdruckerstreik mußte überhaupt herhalten, die Lohnzahlung zu stilleren. Von einer Seite wurde jedoch erklärt, wenn andre Arbeiter mit ihren manchmal sehr einschneidenden Streiks keine Rücksicht auf das Volksganze nehmen, warum dann gerade die so schlecht bezahlten Buchdrucker? Übereinstimmung herrsche darin, in Verhandlungen zwischen den Anstalten auf Arbeiterseite (Graphischer Bund und ADGB,) und den amtlichen Stellen eine geeignete Basis finden zu lassen.

Mit dem „Bericht über die Lohnverhandlungen“ wurde darauf erst in die Tagesordnung eingetreten. Ein

Gauvorsteherkonferenz

Am 18., 19. und 20. September fand in Berlin („Papierhaus“) die zweite diesjährige Gauvorsteherkonferenz statt unter Hinzuziehung der Gaukassierer. Ging die erste Gauvorsteherkonferenz in diesem Jahre (14. und 15. März) einer Tarifauschlagung unmittelbar voraus, so folgte die zweite direkt den Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen. Warf auf die Beratungen der Gauvorsteher im März die Leipziger Generalversammlung ihre Schatten voraus, so waren es diesmal die Beschlüsse namentlich auf dem Kassengebiet, die in Verbindung mit den schon wieder gewaltig veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen die Verbandsleitung zu einer Aussprache auch mit den Gaukassierern veranlaßten. Der Wunsch nach einer solchen war schon vielfach geltend gemacht worden. Die Beteiligung an dieser Konferenz war also wesentlich größer als sonst. Der Verbandsvorstand (mit den Vorständen der Zentralkommission) und die Redaktion des „Korr.“ bildeten in ihrer Gesamtheit sowie mit dem Vertreter des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker die Anrader dieses vergrößerten Gremiums, zu dem auch das Saargebiet und der Freistaat Danzig zählten. Zwei Gaukassierer waren durch gewichtige Gründe am Erscheinen verhindert. Das gleiche ist, soweit die graphischen Verbände in Betracht kommen, von den Buchbindern sowie den Lithographen und Steindruckern zu sagen. Der Verbandsvorstand legte in seinen begrüßenden Worten Betonung auf die erstmalige Anwesenheit der Gaukassierer, deren Mitarbeit sich hoffentlich bewähren werde.

Der Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurden Mitteilungen des Verbandsvorstandes entgegengenommen. Der Ausgang des Kampfes in Österreich habe zwar verschiedene Forderungen der österreichischen Kollegenschaft unberücksichtigt gelassen, aber er bilde doch ein annehmbares Resultat, das bis zum 15. Oktober gelten soll. Die Unterstufung seitens der österreichischen Gewerkschaften war reichlich gelichert unter der

Vorstandsreferent entrollte den Nichtteilnehmern an den Beratungen des Tarifauschusses ein anschauliches Bild von deren Gang und Verlauf. Ob Plenum, Kommission oder erweiterte Kommission, es habe immer in nerven-gereizten Verhandlungen entscheidender Verlesung der Interessen der Gehilfenchaft und scharfer Beleuchtung ihrer Notlage bedurft, um die Fisser der Lohnerböhung höher-zubringen und die Dauer des Abkommens zu verkürzen. Die in den letzten Wochen ungewöhnlich gewordene Steigerung der Papierpreise habe da nun einen starken Ozeanfaktor erleben lassen, gegen den im Augenblick schwer aufzukommen ist, und der uns auch weiter zu schaffen machen werde durch die Probe Schmälerung der Arbeitslohngelegenheit. In der Durchsicht sind die ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten der Durchführung des Beschlusses nun noch größer. Wenn es nach dieser Seite (und einigen Großstadtvertretern) gegangen wäre, hätten die Maßnahmen eine weitere Erhöhung ihrer Zulage gar nicht erreicht. Die Größe des Verhandlungshörpers habe wegen der sehr auslaufenden Kosten zu erneuten Vorstellungen geführt. Die Prinzipalsvertretung hätte jedoch erklärt, bevor die neue tarifliche Grundlage nicht geschaffen sei, bestie sie keine Handhabe zur Vereinfachung; die Argumente der Gehilfenvertretung würden aber auch von ihr anerkannt. Über die Methode der Aufschüsse im Druckpreissetze gab es bemerkenswerte Auseinander-setzungen. Der Effekt ist einstuellen der, daß eine kleine Kommission sich gelegentlich der nächsten Tagung mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll. Der „Korr.“ war gleich nach den letzten Verhandlungen schon Gegenstand einer Beschlusse der Prinzipalsvertretung. Eine Berechtigung dazu konnte nicht anerkannt werden, da sich im Zusammenhange etwas anders ergab. Vor den Verhandlungen sehr hätte man sich durch einen andern Redaktionsartikel (Nr. 102) gar persönlich getroffen. Von unsrer Seite, sei darauf das Erforderliche geantwortet worden; der „Korr.“ wäre eben Sprachrohr der Gehilfenchaft.

Die Aussprache hierzu war nicht groß. Das Ergebnis wurde, wenn auch im Einzelfalle das Urteil schärfer aus-fiel, dahin bewertet, daß angeleglich der Lage bei uns (in Berlin schon 800—900 Arbeitslose, in Dresden 200 und Aufkommen der Kurzarbeit an vielen Orten; fortgesetzte Einschränkungen im Erscheinen und im Umlange der Zel-tungen sowie Vermehrung der Zusammenlegungen) das Äußerste erreicht worden ist. Öffentliche Erhöhungen auf Grund noch besonderer Feuerungsverhältnisse wären von der Prinzipalschaft als ausschließlos von vornherein bezeichnet worden. Das von einer Seite wieder gezeigte Vertrauen zu den Schiedsrichtern im Reichsarbeitsministerium sei wohl nicht berechtigt, denn jetzt seien den Staatsarbeitern auf diesem Wege doch nur 12 M. mehr an Stundenlohn zugesprochen worden. Von der Kommission kam zur Erwiderung, daß das in Nr. 102 der Prinzipalschaft Besagte wirklich nichts Neues war; es wurden nur andere Worte dafür gefunden. Wenn das als persönliche Angriffe gegen die Prinzipalschaft und deren Vertreter aufgefaßt werde, so wolle schon gelagt werden, daß Redaktionsartikel der „Beitrag“ nicht beim Vorwürfe der „Wahrheitspolitik“ gegen die Gehilfenchaft und ihre Vertreter, die hinstellen „Alarm“-Artikel und andres das viel eher sein könnten. Der die ganze Sache einbeziehende Tarifreferent habe es sogar in der „Beitrag“ vorher fertige aufzu, den „Korr.“ als Kronzeugen für die wilden Streiks aufzu-zahlen, obwohl gerade in Nr. 102 eine scharfe Abtate da-von unmittelbar an der von ihm aufgegriffenen Stelle stehe.

Die „Anträge zu den Tarifverhandlungen“ hatten am 11., 12. und 13. September die von der Leipziger Generalversammlung eingeleitete Tarifkommission be-schäftigt. Viele Gehilfenvertreter (7), Vorstandsmitglieder und Spartenvertreter mußten, wie namentlich der Kom-missionsreferent berichtete, sich durch 652 von der Soz-ialdemokratie gestellte Anträge hindurcharbeiten. Welche starken Widersprüche, große Differenzen und glatte Un-möglichkeiten da zu verzeichnen waren, wurde der Zeit wegen an nur einigen drastischen Beispielen aufgezeigt. Die Tarifkommission nahm das irgendwie Brauchbare in ihren kompletten Entwurf zu einem neuen Tarif auf. Die Sparten haben ihre Spezialbestimmungen selbst formuliert. Die Bestimmungen für das Berechnen im Handbabe sind von Vertretern der Handbaber entworfen worden. Aus den Vorlegungen des Referenten können nur einige Haupt-züge kurz Erwähnung finden: Der Tarif ist, auch mit dem Abgang der Bestimmungen über die Hilfsarbeiter, von der Prinzipalschaft gekündigt worden, so daß Ende 1922 die Tarifgemeinschaft ausfallen würde. Die Prinzipale wollen nun ihren seit einigen Jahren verloschenen, in früherer Zeit aber als Gehilfenantrag stets bekämpften Grundsatz des Tarifabschlusses von Organisation zu Orga-nisation zur Geltung gebracht wissen, welche Form jetzt all-gemein üblich geworden ist. Ihre Generalversammlung hat darüber die Verhandlung und der Gehilfenvertretung freie Hand belassen. Die Tarifkommission stellte sich eben-falls auf die Politik der offenen Tür ein; nach ihrer Vor-lage könnte also der neue Tarif „zwischen den Organi-sationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Buch-druckgewerbe“ zum Abschluß gebracht werden. Ein Mantel-tarif mit dem prinzipiellen Teil und ein beweglicher Lohn-tarif sei noch ihrem Sachverhalte das Beste; ihr Entwurf gebe demgemäß hiervon aus. Auf die idealen Forde-rungen von Nürnberg 1920 wäre man zurückgekommen, da mit deren Ablehnung bei den großen Tarifverhand-lungen im Herbst 1920 durch die Prinzipalschaft es nicht abgesehen sein könnte. Nicht jede Forderung sei mit einem Male durchzuführen; auch jetzt werde, den Forderungen entsprechend, manches von unserer Seite gefordert, was drüber als zu einseitig und empfinden werden wird. Vi-der dem paragrafenweise vorzulegenden Dursberathung der Besätze von 16 Feststellen laud der Referent noch reichlich Gelegenheit, den im Interesse der Gehilfenchaft

eingenommenen Standpunkt zu präzisieren. Es gab manch-mal angeregte Diskussionen, und die Klärung wurde durch örtliche oder regionale Besidehenheiten nicht etwa erleichtert, aber die Tarifkommission fand mit der im allgemeinen fließt vor sich gehenden Erlebung ihrer Vorlage doch die Anerkennung, auf gearbeitet zu haben. Die weitere Be-handlung ist nun so, daß nach gegenseitigem Abkommen ein Austausch der Anträge stattfindet. Wie die Dinge bei der Prinzipalschaft liegen, wird es einstuellen noch nicht dazu kommen, da dort erst eine Vorlage zu schaffen ist, also die Vorauslegung des Ausfalls noch fehlt. Zur gegebenen Zeit erfolgt dann Veröffentlichung im „Korr.“; aus räumlichen Gründen jedenfalls unter Weglassung der sehr ausführlichen Berechnerbestimmungen.

Die Wahl der Vertreter zu den Tarifverhand-lungen (Punkt 3), deren Termin aus genannten Gründen noch vollständig offen ist, gestalte sich nicht einfach. Es ist nämlich ein kleinerer Personenumfang vorgelesen, der schon aus Organisationsvertretern zu bilden ist, ohne daß damit gleich etwas Feststehendes geschaffen sein soll. Die einzelnen Gebietsteile Deutschlands müssen berücksichtigt werden, die Organisationsleitungen sollen aber vertreten sein, und besondere Interessen müssen auch eine eigene Vertretung haben. Es wurde hier offenbar, daß eine Vereinfachung des Verhandlungsapparats wirklich nicht so einfach geworden ist, auch wenn Personenfragen aus-scheiden und auscheiden müssen. Wenn es bei der dies-maligen Regelung nicht ohne Vermittlungen abging, so wird sich vielleicht noch die oder jener Ausweg ergeben, jedoch muß gerade von Gehilfenseite auf unmissliche Be-schränkung des Verhandlungskörpers gedrungen werden.

Die Verhandlungen über den Punkt 5 der Tages-ordnung: „Kassen- und Verwaltungsangelegen-heiten“, leitete der Verbandskassierer referierend ein. Er kam zunächst auf die Vorgesichte der diesmal nun zur Sache geordneten Gaukassiererkonferenz zu sprechen. Der Gedanke, die Gaukassierer einmal zusammenzubringen, tauchte schon nach Beendigung des Krieges auf. Veranlaßt durch die gewaltige Mehrarbeit aller Verbandsfunktionäre auf organisatorischem und tariflichem Gebiete, sollte ver-lucht werden, in hollen- und verwaltungsstechnischer Hin-sicht eine Vereinfachung und Vereinhaltung herbeizu-führen. Die erste Gauvorsteherkonferenz dann im Jahre 1919 erkannte eine solche Notwendigkeit unbedingt an, und es wurde beschlossen, zunächst Vorschläge in den Gau-verwaltungen einzuloadern über wünschenswerte Ver-änderungen resp. Vereinfachungen in der Verwaltungs-prozess. Daraufhin liefen nur wenige Vorschläge ein, zum Teil sehr weitgehender Art. So bestehend sie an-länglich schienen, stellte sich doch ihre Unausführbarkeit heraus. Nachdem die Vorschläge den Gauvorständen zur Rück-äußerung unterbreitet worden waren, lehnte sie auch der größte Teil der Gaukassierer ab. Die Verhältnisse brachten es dann mit sich, daß von der Ablehnung einer be-sonderen Gaukassiererkonferenz vor der Nürnberger Generalversammlung abgesehen wurde, teils infolge der Reichhaltigkeit des ohnehin vorhandenen Verwaltungs-materials, teils wegen des vorherigen Staillindens der Kongresse sämtlicher Sparten. Die als Delegierte in Nürn-berg anwesenden Gaukassierer fanden sich zwar zu einer Besprechung zusammen, doch war wegen der Kürze der verfügbaren Zeit und der Schwierigkeit der Materie eine Lösung weitgehender verwaltungsstechnischer Fragen nicht möglich. Lediglich einige Vereinfachung und Entlastung in der Schreibarbeit wurde erzielt sowie die zweckmäßigere Einteilung der Goue betont. Ob der Verbandsvorstand die Frage einer anderweiten Gouenteilung nochmals auf-greifen wird, sei zweifelhaft, nachdem die der Nürnberger Generalversammlung unterbreitete Vorlage auf so viele Widerstände in einzelnen Gauen getroffen ist. Einer durch-greifenden Vereinfachung in der Verwaltung müßte eigen-lich eine zweckmäßigere Einteilung unrer Verbandsgoue vorausgehen. Diese ist jedoch nicht bis zu einer Aufgabe der in der Verwaltung tätigen Kollegen. Die namentlich zur Wirklichkeit gewordene Gaukassiererkonferenz solle einer endgültigen Lösung der Frage, wie eine Vereinfachung und Vereinhaltung auf verwaltungsstechnischem Gebiete herbeizuführen ist, nur den Weg ebnen. Drei Arten von Gauen besteben innerhalb unres Verbandes: Stadtgoue, Goue mit Verwaltungsbezirken und Goue ohne Ver-waltungsbezirke. Daß Goue ohne Verwaltungsbezirke besser und schneller zu arbeiten vermögen, weil dort die Ortskassierer direkt mit der Gauverwaltung verkehren, beweisen die Daten des Einlaufs der Abrechnungen bei der Hauptverwaltung. Alle Abrechnungsarbeit in den Gouen mit Verwaltungsbezirken muß doppelt gemacht werden. Dadurch ist natürlich auch die Fehlergefahr eine größere. Zwar sind auch Fälle in der Praxis denkbar, die für die Beibehaltung der Bezirksverwaltung sprechen, aber schließlich ist auch durch sogenannte Agitationsbezirke dasselbe zu erreichen. Wenn es der Verbandsvorstand bisher ablehnte, eine Entscheidung über das beste System herbeizuführen, so deshalb, weil man sich keine praktische Wirkung davon verspricht infolge des zu beobachtenden Mißhaltens an dem historisch Gewordenen. Immerhin sollte eine Aussprache hier dazu führen, die Erörterung einer anderweiten Bezirkseinteilung in den Gouen in Fluß zu bringen. Die verkehrte Struktur der ein-zelnen Goue darf dabei natürlich nicht außer Betracht bleiben. Diese ist im Gau Rheinland-Westfalen eine andre als z. B. in Württemberg. Teil dem Bedenken einer etwa erforderlichen Vermehrung der Gau-angestellten infolge einer Aufhebung der Verwaltungs-bezirke darf nicht übersehen werden, daß auch die Ver-waltung der Bezirke Geld kostet. Jedenfalls darf der Übergang zur bezirkslosen Verwaltung nicht an der reinen Kostenfrage scheitern. Zu den grundsätzlichen Fragen einer Verwaltungsreform sind im Laufe der Zeit neue und wichtige Elemente hinzugekommen. Insbesondere mußte

über die Notwendigkeit der Beschlüsse von Beitrags-erhöhungen mit den Kassierern speziell gesprochen werden zwecks besserer Würdigung und freudigerer Mitwirkung. Die Leipziger Generalversammlung hat eine vollständige Umgestaltung der Beitrags- und der Unterstützungsleistungen vorgenommen. Nach ihren Beschlüssen soll die Verwen-dung der Beiträge dergestalt erfolgen, daß mindestens 25 Proz. auf die Stärkung des Verbandsvermögens, 30 Proz. auf gemeinlichliche Zwecke und Verwaltungs-kosten und 45 Proz. auf Unterstützungen entfallen. Der Wochenbeitrag ist vom Verbandsvorstand allvierteljährlich neu festzusetzen. Zahlreiche Zuschriften an den Verbands-vorstand aus Kassiererkreisen begaben sich darauf, wie dem Generalversammlungsbeschlusse am besten Rechnung zu tragen ist. Nebenher laufen vielfache Wünsche und Vor-schläge nach einem Einheitsbeitrag. Der Verbands-vorstand hatte die feste Absicht, sich Entgegenkommen zu bewilligen; leider ließen es die Verhältnisse nicht zu, von Sonderbeiträgen Abstand zu nehmen. Ähnlich liegen die Dinge auf dem Unterstützungsgebiete, wo auch Änderung auf Änderung erfolgen muß infolge des seit Ende August eingetretenen Umformens im Wirtschaftsleben, den die Leipziger Generalversammlung nicht vorausszusehen ver-mochte. Der Referent ging des weiteren auf konkrete Fragen des Beitrags- und des Unterstützungswe-sens ein. Er wies dabei überzeugend nach, daß es unmöglich ist, mit einem bestimmten Beitrage wenigstens für ein Quartal auszukommen. Da sich die Unterstützungs-lage nach den Beiträgen richtet, tritt die Notwendigkeit ein, auch die Unterstützungs-lage innerhalb eines Vierteljahrs zu ändern. Darin liegen die größten Schwierigkeiten. Soweit die von der Generalversammlung festgelegten Grenzen der Ausgaben für Rücklagen, für gemeinlichliche Zwecke und für Unterstützungen überschritten werden, müssen Ergänzungen aus Ertragsbeiträgen erfolgen.

Nach einem Stimmsal auf gewisse Änderungen im Unter-stützungswesen, die die Praxis mit sich bringt, laßt er unter Betonung der Schwierigkeiten seine Meinung dahin zu-sammen, daß es notwendig sei, nicht bloß Fragen der Beitrags-leistung und des Unterstützungswe-sens, sondern das gesamte Verwaltungssystem einmal zu behandeln. Im Zusammenhange damit verbreitete er sich ausführlich über die Frage Abonnement oder Obligatorium des „Korr.“. Die ideale Kommission der Leipziger Generalversammlung, die sich anfanglich für die obligatorische Einführung des „Korr.“ aussprach, hatte außer acht gelassen, daß der Zu-schub für den „Korr.“ in fortgesetztem Steigen begriffen ist. Bei Einführung des Obligatoriums würde eine ungeheure Mehrbelastung der Verbandskasse eintreten; ein Umstand, der bei der Bemessung des Beitrags auf einen Stundenlohn nicht berücksichtigt wurde. Die obligatorische Einführung des „Korr.“ kann gar nicht mehr in Betracht kommen. Auch andre Gewerkschaften wollen der großen Kosten wegen vom Solium der Buchdrucker, zum Abonne-ment des Verbandsorgans, übergehen und das Obliga-torium aufheben. Mit der Erhöhung des „Korr.“ Abonnementes auf 36 M. pro Vierteljahr würde nur ein Proporzium geschaffen. Es wäre wesentlich über be-messen worden, wenn vorausgesehen gewesen, welche rleisse Papierpreissteigerung inzwischen eingetreten ist. Vorausssichtlich werde am 1. Januar 1923 eine abermalige Abonnementserhöhung eintreten müssen. Von der Leip-ziger Generalversammlung wurde ferner dem Verbands-vorstande der Auftrag auf Einführung einheitslicher Regu-lations- oder Quittungskarten erteilt. Die Kassierer-konferenz werde zu prüfen haben, ob dafür eine unbedingte Notwendigkeit besteht, um eventuell etwas Einheitsliches für sämtliche Goue zu schaffen. Welter hat sich die Konferenz über die Möglichkeit einer Kurzarbeiterunter-stützung klar zu werden. Mit der Aufforderung, die Gauabrechnungen früher als bisher der Hauptverwaltung zugehen zu lassen, weil aus verwaltungsstechnischen Grün-den unbedingt notwendig, schloß der Vorstandsreferent seine einleitenden Ausführungen.

Daran knüpfte sich zunächst eine ausgedehnte Generals-berathung, an der sich fast alle Gaukassierer beteiligten. Allgemein wurden die Bestrebungen auf Vereinfachung und Vereinhaltung der Verwaltung begrüßt, schon im Hinblick auf Kostenersparnis. Immerhin wurden auch Einseitigkeiten laut, die darauf hinwiesen, daß die Ver-waltungseinrichtungen in den einzelnen Gouen eine Folge ihrer Entwicklung seien. Solange keine absolute Dringlich-keit für Änderungen vorliegt, solle man jeden nach eigener Falson selb. werden lassen. In der Frage der Bezirkse-inteilung lasse sich nicht ohne weiteres eine Entscheidung treffen. Beide Arten fanden denn auch aus den ver-schiedensten Gründen ihre Befürworter und ihre Bekämpfer. Die Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung wurde allseitig befürwortet, und zwar in Höhe der Arbeitslosen-löhe. Der Überzeugung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohne Änderungen in der Beitrags- und Unterstützungsleistung nicht auszukommen sei, waren die meisten Redner. Nur einige traten für einheitsliche Bei-trags- und Unterstützungsleistung innerhalb eines Viertel-jahrs bzw. für vorherige Festsetzung eines bestimmten Beitrags und bestimmter Unterstützungs-lage ein. Dem-gegenüber wurde u. a. geltend gemacht, daß eine Bei-tragserhöhung in drei Stufen entschieden besser sei als eine mögliche Überpannung in der Beitragsleistung auf Grund schätzungsweiser Berechnungen. Aber den prak-tischen Wert einer Regimulationskarte waren die An-sichten geteilt. Eine Sonderberatung der Gaukassierer für spezielle Fragen wurde verschiedentlich angeregt.

In seinem Schlußworte betonte der Referent des Ver-bandsvorstandes, daß die Aussprache zwar nur eine theore-tische, aber deswegen nicht überflüssig war. Die Verpflichtung, zu einem gewissen Ausgange zu gelangen, besteht auf alle Fälle. Eine durchgreifende Regelung hängt mit der Schaffung praktischer Verwaltungsgebiete zusammen, die

bei uns deshalb auf Schwierigkeiten stößt, weil unsere Gasse nicht künstlich gemacht, sondern sich selbst heraus entfallen, loszuigm gemacht sind. Das Stillschreiben einer Sonderberatung hielt Redner nicht für notwendig, auch für die Frage der Beitragsregelung nicht. Die von der letzten Generalversammlung getroffenen Maßnahmen stellen etwas Flüssiges dar, der Verbandsvorstand muß das Recht haben, auch innerhalb eines Quartals notwendige Änderungen vorzunehmen. Der Gang der Debatte habe gezeigt, daß Beitragserböhung und Unterstützungsabau Hand in Hand zu gehen haben. Die Kurzarbeiterunterstützung hat sich als unumgänglich erwiesen. Ihre Einführung muß nach ausgereiften Vorschlägen erfolgen.

Am den Gaukassierern Gelegenheit zur Aussprache über verwaltungsrechtliche Angelegenheiten und zur endgültigen Stellungnahme zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen zu geben, wurde hierauf beschloffen, geforderte Beratungen zu pflegen.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen der Gauortheberkonferenz nach der Mittagspause gelangte zunächst eine Vorlage über Beitragsstellung und Unterstützungsätze ab 1. Oktober 1922 zur Verteilung. Sie wurde vom Gaupräsidenten mit den nötigen Kommentierungen versehen. (Wir der Spitze dieser Nummer ist die zur Annahme gelangte Vorlage abgedruckt.) Sodann wurde die Finanzabrechnung des „Korr.“ debattiert unter Berücksichtigung des schon vorher diskutierten Standpunktes des Verbandsvorstandes. Die Bedenken, die unter den heutigen Verhältnissen gegen eine obligatorische Einführung des Verbandsorgans geltend gemacht wurden, fanden volle Würdigung. Dem Verbandsvorstand wurde empfohlen, es beim Abkommensverhältnis zu belassen, zumal sich jetzt andere Gewerkschaften auf den gleichen Weg gedrängt haben. Dem Metallarbeiterverbande werde die wünschenswerte einmalige Herausgabe seines Organs in diesem Jahr eine Ausgabe von 72 Millionen verursachen. Mit Rücksicht auf den Stand der Arbeiterpreise wird die Last getragen. Die Gewerkschaftspreise müßte instaki bleiben. Um die Herstellungskosten nicht unnötig zu steigern, ist jede überflüssige Belastung aus ihren Spalten fernzuhalten. Auch der „Korr.“ muß sich in Zukunft auf die Wiedergabe des Nötigsten beschränken. Ob der getroffene Ausweg, von unseren Mitgliedern lediglich das Bezugsgeid von 6 M. zu erheben, für die Dauer beibehalten werden kann, lasse sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Schließlich wurde beschloffen, das bisherige Verhältnis für den Bezug des „Korr.“ beizubehalten.

Zu Beginn des letzten Verhandlungstages wurde über die Sonderberatung der Gaukassierer kurz berichtet. Dem Verbandsvorstand wurde von diesen nahegelegt, nur im äußersten Notfalle zu Extrabeiträgen zu greifen. Es müßte versucht werden, wenigstens im ersten Monat des Quartals durchzukommen. Würden innerhalb eines Quartals Beitragserböhdungen notwendig, so sollen diese in Form von Extrabeiträgen vorgenommen werden. Diese Extrabeiträge sind von allen vollqualifizierenden Mitgliedern zu leisten. Mit Beginn des neuen Quartals wird dann der Beitrag wieder vereinheitlicht. Ob die Unterstützungsätze der Ortsgruppen (ordentliche und Extrabeiträge) anzupassen sind, bleibt der Beschlussfassung des Verbandsvorstandes überlassen. Die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung wurde empfohlen gemäß der Vorlage des Verbandsvorstandes. Desgleichen eine Erhöhung der Unterstützung für Reisende, die sich in Krankenhausbearbeitung befinden. Bezüglich der Unterstützung für Reisende aus gegenseitigen Ländern, in denen die Reiseunterstützung eingestrichelt ist (z. B. in Österreich), wurde von den Gaukassierern vorgeschlagen, eine einmalige Abfindung an den Grenzstellen zu leisten. Angeregt wurde ferner, solchen Mitgliedern, die vorübergehend in anderen Berufen arbeiten, ohne Organisationsmöglichkeit zu haben, auf Antrag zu gestatten, alle zwei Wochen einen Beitrag zu leisten.

Die Gauortheberkonferenz stimmte dann ihrerseits der Einführung der Kurzarbeiterunterstützung einmütig zu unter den Bedingungen, wie sie in der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in vorliegender Nummer enthalten sind. Auf der Reise erkrankten Mitgliedern werden zukünftig für jede im Krankenhaus zugebrachte Woche 35 M. gewährt, und zwar auf die Gesamtdauer von sieben Wochen. Bezüglich der österreichischen Reisenden wurde der Verbandsvorstand beauftragt, sich mit dem Vorstande des österreichischen Verbandes in Wien in Verbindung zu setzen, um unter Würdigung der Vorschläge der Gaukassiererkonferenz einen gangbaren Weg zu suchen. Eine laufende Unterstützung von Reisenden aus Ländern, mit denen eine Gegenseitigkeit in der Reiseunterstützung nicht besteht, wird abgelehnt. Damit hatte dieser Tagesordnungspunkt seine Erledigung gefunden.

Der sechste Punkt der Tagesordnung betraf die Frage der Urabstimmung über den Industrieverband. Es handelte sich dabei nur um die Klärung über Zeitpunkt und Art der Ausführung dieses Beschlusses des Leipziger Verbandstages, und zwar ohne jede prinzipielle Erörterung der Idee des Industrieverbandes selbst. Verbandsvorstand und Gauortheberkonferenz waren sich einig darüber, daß die Kollegenchaft in dieser Frage ohne besondere Anstößung des Für und Wider von maßgebender Stelle aus so zu entscheiden wissen werde, wie es die idealen und materiellen Interessen unseres Verbandes als ratam erscheinen lassen. Infolge der Unsicherheit bezüglich des Zeitpunktes und der Notwendigkeit einer baldigen Urabstimmung über einen neuen Tarif, mit der gegebenenfalls auch die Urabstimmung über den Industrieverband vorgenommen werden sollte, hängt letztere sozusagen zunächst in der Luft. Es wurde daher nach kurzer Aussprache beschloffen, die Urabstimmung über den Industrieverband unabhängig von einer solchen auf tariflichem Gebiete vorzunehmen, und zwar Mitte November in einheitlicher Weise mittels Stimmzetteln und Umschlägen, die

vom Verbandsvorstand an die Gauvorstände durch den Bildungsverband zugestellt werden. Die Auszählung der Stimmzettel hat in Abereinstimmung mit der Wahlordnung nur durch die Gauvorstände zu erfolgen.

Unter „Verschiedenem“ wurde dann noch eine ganze 2 eibe innerer Organisationsangelegenheiten sowie Erscheinungen wirtschaftlicher und prinzipieller Art, die für das Buchdruckergewerbe und seine Arbeiterchaft von besonderer Bedeutung geworden sind, behandelt. Zunächst wurde vom Verbandsvorstande davon Kenntnis gegeben, daß er in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium schon im Juli d. J. darum nachsuchte, die Arbeiter des Buchdruckergewerbes aus der Zahl derjenigen Gewerbe zu kreiden, die nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 18. Mai d. J. zu jenen Berufsgruppen gerechnet wurden, die einen besonders günstigen Arbeitsmarkt besitzen und daher eine nur auf 13 Wochen beschränkte Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Da das Reichsarbeitsministerium diesem Wunsche bisher keine Rechnung trug, hat der Verbandsvorstand in einer abermaligen Eingabe vom 6. September das Reichsarbeitsministerium unter Hinweis auf die außerordentlich ungünstigen Verhältnisse im Buchdruckergewerbe nochmals dringend erucht, eine Verlängerung der 13 wöchigen Frist für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung für die Arbeiter des Buchdruckergewerbes eintreten zu lassen. Der Graphische Bund hat Anfang September ein gleiches Ersuchen an das Reichsarbeitsministerium für die Arbeiterchaft des gesamten graphischen Gewerbes gerichtet. Eine Antwort ist auf diese beiden Eingaben im Monat September noch nicht eingegangen, während jene vom Juli in abnehmendem Sinne beantwortet worden war. Der Verbandsvorstand wird diese wichtige Frage nach besten Kräften zu lösen versuchen.

Eine Anregung aus der Mitte der Konferenz, einer weitergehenden finanziellen Unterstützung der Bildungsbestrebungen einzelner Mitglieder in Wirtschaftsschulen von Verbands wegen näherzutreten, führte zu einer längeren Aussprache über Nicht- und Schattenseiten auf diesem Gebiete. Die diesbezüglichen Erfahrungen der letzten Jahre lassen es als zweckmäßig erscheinen, daß die gewerkschaftliche Finanzierung dieser Fortbildungsbestrebungen nach wie vor in enger Verbindung mit dem A.G.B. bleiben muß, und daß nur von Fall zu Fall entschieden werden kann, daß ferner aus Mitteln der Gewerkschaften für diese Zwecke nur solchen Mitgliedern Zuschüsse geleistet werden können und sollen, die von den gewerkschaftlichen Zentralstellen aus so solchen Bildungsskaffen entlastet werden. Diese Begrenzung macht sich nötig, um Zerstückelungen zu vermeiden und die Mittel der Gesamtheit der Kollegenchaft auch nur in wirklich fruchtbringender Weise im Interesse der Arbeiterchaft zu verwenden, zumal die Ausgaben für solche Zwecke in heutiger Zeit schon besonders hoch sind.

Eine angebliche Abschiebung der Gasse zur Begrenzung des Arbeitsmarktes, insbesondere durch den Leipziger Gauverein, wurde wiederholend, Warnungen im Verbandsorgan und sonstige Maßnahmen wurden gleichfalls eingehend besprochen. Es wurde dabei festgestellt und anerkannt, daß diesbezügliche Maßnahmen des Leipziger Gauvereins ihre Erklärung darin finden, daß allein im letzten Jahr infolge guter Konjunktur nahezu tausend auswärtige Kollegen nach Leipzig durch den Gauverein selbst herangezogen wurden, und daß die Leipziger Kollegenchaft in bereitwilliger Weise das Unternehmen dieser vielen Kollegen ermöglichte, um die Arbeitslosen andern Gauen nach Möglichkeit abzunehmen. Nachdem nun aber in den letzten Wochen die gewerbliche Lage auch in Leipzig eine sehr ungünstige Wendung genommen hat, besteht für die Leipziger Gebilthenchaft die große Gefahr einer weit über den Durchschnitt hinausgehenden Arbeitslosigkeit, die insbesondere bei der von jeder bekannten Tarif- und Gewerkepolitik der Leipziger Buchdruckereibestitzer zur größten Vorlicht mahnt. Dazu kommt noch, daß der Drang unzähliger Kollegen im In- wie Ausland, die vielen gewerblichen Fortbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der Weltstadt der Bücher und des graphischen Gewerbes persönlich kennen zu lernen und auszunützen, einen ständigen starken Zustrom von arbeitslosen oder stellungsuchenden Kollegen nach Leipzig mit sich bringt. Alle diese Umstände bedingen es, daß mindestens die organisatorischen Vorkehrungen über vorherige Erkundung vor Zutritt oder Annahme einer Stellung in Leipzig beim zukünftigen Gauvorstande streng beachtet werden müssen. Das gilt selbstverständlich nicht nur für Leipzig, sondern für alle deutschen Gauen und Stellungsuchenden. Eine willkürliche Abschiebung der Gasse aus andern Gründen ist weder im Interesse der einzelnen Gauen noch der Gesamtheit der Kollegenchaft gelegen und darf daher auch nicht stattfinden. Wer jedoch die vorgeschriebene Pflicht der vorherigen Ansuchenstellung nicht erfüllt, der hat auch die Konsequenzen zu tragen, die jede Nichtbeachtung gewerkschaftlicher Maßregeln bedingt, und zwar im Interesse aller Kollegen.

Eine längere Aussprache wurde dann noch über etwaige Abwehrmaßnahmen gegen den Papierwucher und dessen unheilvolle Rückwirkungen auf das Buchdruckergewerbe gepflogen. Das Ergebnis dieser Nachprüfung entsprechender Möglichkeiten war, daß von Einzelaktionen durch Betriebsräte oder einzelne Mitgliedsklassen in Verbindung mit andern Körperchaften oder Instanzen keine durchgreifenden Erfolge zu erwarten sind. Es wurden im Gegenteil solche „gemeinsame“ Abwehraktionen örtlicher oder betriebsräthlicher Herkunft nicht selten vom Unternehmern in ungebührlicher Weise für ihre Profitinteressen ausgenützt, und zwar nicht selten mit sehr nachlässiger Nachwirkung auf die Arbeiterinteressen. Alle solche Maßnahmen örtlicher oder betriebsräthlicher Natur (Eingaben, Protestversammlungen usw.) in Verbindung

mit andern Interessentvertretern sollen daher auf dem Gebiete der Papierfrage unterbleiben. Dagegen wird der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Graphischen Bund alle einigermassen erfolgversprechenden Wege beschreiten, um den Papierwucher einzudämmen, wie es auch in der Hauptsache dem Willen der Arbeitervertreter innerhalb der maßgebenden Wirtschaftsinstanzen zu danken ist, daß die Papierpreise und deren Zahlungsbedingungen in den letzten Tagen ermäßigt und erleichtert wurden. Etwaige Anregungen und sachdienliches Material zur Verwertung in dieser Richtung werden dem Verbandsvorstand immer willkommen sein. Eine Zerstückelung der diesbezüglichen Abwehrbestrebungen ist jedoch nach wie vor ebenso zu vermeiden, wie auch davon Abstand zu nehmen ist, sich ohne Willen oder Zustimmung des Verbandsvorstandes an Aktionen oder Eingaben zu beteiligen, die nicht selten ganz andern Zwecken dienen, als ursprünglich geplant war.

Nach einer kurzen Aussprache über weitere gewerkepolitische Fragen, die teils tariflicher, teils gewerkschaftlicher Natur sind, sowie über die Notwendigkeit einer eignen Prüfungsstelle dieser Fragen innerhalb unserer Organisationsarbeit land diese Konferenz der Gauvorsteher und Gaukassierer nach einem kurzen, zusammenfassenden Schlussworte des Verbandsvorstandes in dem Nachmittagskonditionen des dritten Verhandlungstages ihren Abschluß. Mögen deren Beschlüsse dem Verband und allen seinen Mitgliedern zum besten dienen!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Sto'p. In unserer Versammlung am 26. August gab nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten Kollege Wodtke einen Bericht von der Bezirksbelegiertenversammlung in Köslin. Von den Mitgliedern wurde in der nachfolgenden Debatte allgemein bedauert, daß es nicht möglich gewesen ist, eine Bezirksvollversammlung einzuberufen. Es soll dies im nächsten Jahr unbedingt geschehen. Beifällig aufgenommen wurde, daß der Bezirksvorstand die einzelnen Orte im Bezirke besuchen soll, und es wird erwartet, daß in diesen Besammlungen fruchtbringende Organisationsarbeit geleistet wird. Bedauert wurde, daß der hiesige paritätische Buchdruckerarbeitsnachweis noch nicht verschwinden soll. Mit dieser Sorge wird sich nichts anzufangen. Im Schlussworte des Berichtes besetzte Kollege Wodtke, daß der Gauvorsteher direkt von den schwierigen Tarifverhandlungen nach Köslin gekommen sei und deshalb ein langes Referat nicht verlangt werden konnte. Im übrigen könne der Obergau mit dem Nachfolger des Kollegen Sannack aber sehr zufrieden sein. Ein Vortrag wurde der vorgerückten Zeit wegen von der Tagesordnung abgelehnt. Im Kartellberichte wurde u. a. der Beitritt zur „Freien Volksbühne“ empfohlen.

Den Allen Subiläumstafel Den Jungen zur Ehr zur Lehr

Seher Robert Beutler in Berlin, geb. in Berlin, 1. Oktober: 50jähriges Berufs Jubiläum. Sobias Kondition: Gebr. Ernst, Berlin.
Schriftsteler Richard Ebert in Berlin, 1. Oktober: 50jähriges Berufs Jubiläum. Sobias Kondition: Schriftsteler W. Woelmer, Berlin.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Warnung vor Konditionsannahme in Eiland. Dem Vorstande des Eilandischen Buchdruckerverbandes in Reval ging uns die Mitteilung zu, daß es infolge Kündigung des Tarifvertrages seitens der Prinzipale zu einem ersten Konflikt zu kommen droht. Aus diesem Grunde werden die deutschen Kollegen erucht, Solidarität zu üben und keine Stellenangebote nach Eiland anzunehmen, bis über den Ausgang der Bewegung eine abschließende Mitteilung vorliegt. Beim Auftauchen eifischer Druckerarbeiten in deutschen Buchdruckereien ist zu prüfen, ob sie nach dem 12. August von Reval abgedruckt worden sind. In diesem Falle handelt es sich um Streikarbeit.

Warum Banknotenmangel? Die Direktion der Reichsdruckerlei sendet uns eine Zuschrift, die sich auch gegen eine entsprechende Notiz im „Korr.“ (Nr. 106) folgendermaßen wendet: „Durch die Tageszettungen wird eine vom Betriebsausschusse der Reichsdruckerlei ausgehende Mitteilung verbreitet, daß der Mangel an Banknoten nicht in dem in der Reichsdruckerlei eingetretenen beträchtlichen Buchdruckerstreik, sondern in bürokratischen Bedenken der Direktion ihre Ursache hätte. Diese Mitteilung ist unrichtig und irreführend, denn tatsächlich ist durch den Streik aller Vorrat aufgebraucht worden und ein Ausfall von vielen Milliarden entstanden. Dem Umfang der künftigen Banknotenlieferungen bestimmt im übrigen nicht die Reichsdruckerlei, sondern die Reichsbank. Als von dieser, entsprechend der Weidertwertung, größere Lieferungen verlangt wurden, traf die Direktion der Reichsdruckerlei selbstverständlich sofort alle Maßnahmen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Die verlangten Mengen waren jedoch so gewaltig, daß durch Ausdehnen der zweiten Schicht und Einrücken einer dritten Schicht die erforderlichen Mefrlieferungen mit den im Umlauf befindlichen Banknoten nicht zu erreichen waren. Für die Herstellung neuer Wertarten aber und die dadurch er-

reichbare Erhöhung der Lieferungen fehlten die erforderlichen Papiermengen, deren Beschaffung ganz besondere Schwierigkeiten machte, weil das Herstellungsverfahren der Wasserzeichen neu war und zunächst nur in einer Fabrik ausgeübt werden konnte. Es wurde sofort unter Einsetzen aller Mittel und Kräfte sowie unter Berücksichtigung aller für die Sicherheit des Papiergeldes unerlässlichen Maßnahmen begonnen, neue Sorten in einfacherer, aber sicherer Ausführung herzustellen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Wirkung dieser Vorarbeiten — Unterlegen von Wasserzeichenwalzen, Papier, Druckplatten usw. — erst nach einiger Zeit sichtbar wird. Dank dieser Maßnahmen der Direktion konnten die Tagesmengen bisher ver doppelt werden, weitere Erhöhungen sind für die allernächste Zeit zu erwarten. Mit der gesteigerten Papier- und Plattenherstellung hält auch die Vermehrung des Druckerpersonals und die Ausdehnung des Schichtenbetriebes gleichen Schritt. Würde die Direktion anders verfahren, dann verdiente sie den Vorwurf unüberlegener Dispositionen mit Recht, ganz zu schweigen von der sich daraus ergebenden Unwirtschaftlichkeit der Betriebsführung zum Nachteil des Reichs." Dieser Zusatz gegenüber verweisen wir auf einen Passus in dem Artikel über die Gaudorterbekanntmachung in dieser Nummer, nach welchem diese Angelegenheit hier nicht weiter behandelt zu werden braucht.

Arbeiterpreise und Gewerkschaften. Eingedenk dessen, daß der gewerkschaftliche Kampf nicht mit Erfolg geführt werden kann ohne eine Presse, die die öffentliche Meinung im Sinne der kämpfenden zu beeinflussen sucht, auf jeden Fall aber die Wahrheit der Öffentlichkeit unterbreitet, hat sich eine Konferenz der Gauleiter und der An-

gestellten der Gewerkschaften der Provinz Brandenburg für weitestgehende Unterstützung der Arbeiterblätter ausgesprochen, damit diese die Wirtschaftskrise überdauern. Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterpresse seien untrennbar miteinander verknüpft und aufeinander angewiesen. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften werden ersucht, folgende Forderungen alsbald praktisch werden zu lassen: 1. Durch Ausschreibung eines außerordentlichen Pflichtbeitrags der Arbeiterpresse Mittel zur Verfügung zu stellen; der Beitrag muß mindestens 20 M. pro Mitglied betragen. 2. Die örtlichen Verwaltungsstellen sowie Ortsausschüsse aufzufordern, mehr wie bisher für Veröffentlichungen des Unterteils der Presse zu benutzen. 3. Die Mitglieder aufzufordern, Abonnenten der Arbeiterpresse zu werden. Diesen Forderungen gegenüber sind wir der Auffassung, daß sie, soweit sie für die politische Arbeiterpresse in Frage kommen, an die falsche Adresse gerichtet sind. Die Finanzierung der politischen Arbeiterpresse hat in erster Linie durch die politischen Organisationen und deren Mitglieder zu erfolgen.

Briefkasten

P. G. in B.: Sehr erfreut über erhaltene Information, wofür hiermit belangs gedankt sei. — S. S. in M.: Wie schon in B. gesagt, es kommt dafür ein Ort in einem ganz andern "Gebiet" in Betracht. 2. Über die "Auenarie" wird noch in G. gesprochen werden können. — S. G. in Nürnberg: Derartige Infanterie gingen uns aus verschiedenen Gegenden zu. Das reicht allerdings stark nach bestellter Arbeit. — G. W. in Wem: Mit unserm eignen abschließenden Bescheid betrachten wir die Sache als erledigt. Gruß. — G. in Augsburg: 165 M.

Behauptmachung

Im auch den invaliden sowie den bei Erneuerung des Abonnements arbeitslosen oder krankh. Mitgliedern den Bezug des "Korr." zum ermäßigten Preise zu ermöglichen, ersuchen wir unsere Kassierer, diesen Kollegen 30 M. gegen Abgabe der Abonnementsquittungen zu vergüten und der Verbandskasse in Ausgabe zu stellen. Der Verbandsvors. stand.

Keine Verwendung von alten Reizelegitimationen

Reisende Kollegen haben sich wiederholt beschwert, daß ihnen durch Ausbändigung von Reizelegitimationen älteren Datums beim Auslösen der Reizelegitimationen Unannehmlichkeiten entständen. Die Berechtigung dieser Beschwerden muß anerkannt werden, da in den letzten Jahren im Umse der Reizelegitimationen eingetretene Veränderungen und Ausbändigungen manningfache Veränderungen eingetretene sind, die den Reisenden selbstverständlich unbekannt sind. Wir ersuchen deshalb die Reizelegitimationen, nur Reizelegitimationen neueren Datums auszugeben. Gehten solche, so bedarf es nur einer Mitteilung an den Hauptverwalter, der umgehend die Zufassung von Reizelegitimationen veranlaßt. Der Verbandsvors. stand.

Hauptverwaltung. Die Notiz in Nr. 105 des "Korr." vom 9. September 1922, den Geher Schiebener betreffend, hat durch Ausstellung eines neuen Quittungsbuchs für diesen Kollegen ihre Gredigung gefunden.

Dem auf der Zeile befindlichen Geher Ludwig Nagel (Hauptbuchnummer 50991) sind auf der nächsten Zahlhefte 30 M. Reizeunterstützung nachzugeben, die er für die Tage vom 27. bis 29. August zu wenig erhalten hat. Die erfolgte Nachzahlung ist sowohl auf der Reizelegitimation zu vermerken (zur Kontrolle auf der Hauptverwaltung) sowie auch im Quittungsbuch, damit die Reizelegitimationen von der erfolgten Nachzahlung Kenntnis nehmen können.

Der Geher Otto Reinisch, geboren in Halle a. d. S., wird ersucht, sich beim Bezirkskassierer Osw. Herzel, Heidelberg, Römerstraße 68, zu melden. Die Kollegen werden gebeten, R. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Eine geistig anregende Beschäftigung

für Ihre freien Stunden

dazu eine Beschäftigung, die Ihnen tausendfachen Nutzen einbringen kann, ist das Erlernen einer fremden Sprache nach unserer weltberühmten Methode Toussaint-Längenscheidt. Überlegen Sie es sich einmal genau: Ist es nicht vorzuziehen für Sie, die verbrachten Ihre freie Zeit mit einer interessanten, Ihr allgemeines Wissen ungenutzt vergeblich zu beschäftigen, auf der Sie vielleicht einmal Ihre ganze Existenz aufbauen können, als eine Spielerei zu treiben, die nur dazu dient, Ihre Zeit totzuschlagen. Deutschlands Außenhandel wird in nächster Zeit zweifelslos einen großen Aufschwung nehmen und jedem Sprachkundigen die Möglichkeit aller Vertriebsmittel Toussaint-Längenscheidt kostet einschließlich aller Lehrmittel monatlich nur wenige Mark. Verlangen Sie unsere Einleitung Nr. 39 in den Unterricht der Sprache, die Sie erlernen wollen. Deren Zufriedenheit erfolgt vollständig kostenlos und ohne Verbindlichkeit für Sie. Langenscheidts Verlagbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg. (Gegr. 1856.) Verlag der Sprachunterrichtswerke nach der Methode

Toussaint-Längenscheidt

Unterstützungsverein der Buchdrucker in Augsburg

Sonntag, den 1. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Blauen Krug“ Vorderer Reich 4 485 (Nebenzimmer, Eingang durch den Hof) 118
Außerordentliche Generalversammlung
 Tagesordnung: 1. Genehmigung der Rechnungsablage für die Vereinskasse. 2. Festsetzung der Beiträge und Unterstützungen. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Stetrommeln

von 64, Ms 13 Set ab Lager lieferbar. [979]
 Mechanische Werkstätten für Schmalmaschinen, Wilhelm Moerk, Berlin-Bankwitz, Tel. Richterfelde 1424, Spärluis Tel. Südring 682.

Monotypiegießer

ledig, mit guten Kenntnissen, für Ausland gesucht. [978]
 Offerten unter Angabe bisheriger Tätigkeit an Wilhelm Moerk, Mechanische Werkstätten für Schmalmaschinen, Berlin-Bankwitz, Tel. Richterfelde 1424, Spärluis Tel. Südring 682.

Monotypiegießer

in dauernde Stellung gesucht. [929]
 Angebote mit Wohnansprachen an Buchdrucker Richard Sahn (S. Otto), Leipzig, Quertstraße 13.

Faktor

Masseur, Anzeigen- und Abzählungsführer, lehrberedigt, 29 Jahre alt, höhere technische Schulbildung, firm in allen Sacharten, erfahren in Kalkulation und Preiskalkulation, sucht zum 1. Dezember oder später Stelle als Stube des Geschäftsführers, Faktors oder sonstigen Vertrauenspostens. Nähe Leipzig bevorzugt. [33]
 Angebote an M. C. Hoffmann, Leipzig-Do., Mariannenstraße 102 II.

Musland! Schriftgießer (speziell Suffixierer)

in Deutsch und Amerikanisch, firm im Bedienen der galvanischen Wälder sowie Buchstaben, wünscht sich zu veränd. Prima Referenz, des In- und Auslandes. Angebote unter M. G. 956 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftgießer

23 Jahre alt, firm im Setzen, Anzeigen- und Wäldern, welcher zum 1. Oktober durch Betriebsveränderung arbeitslos wird, sucht Stell. Egal wohin. Off. Angebote erbitten Fritz Schumann, Turg (Nied. Gehmar), Mellenskopfsberg, bei Nieseln.

Zeitungsmettur

Ende 20er, ledig, firm im Umbruch von Satz und Platten, der die Herstellung eines selbstständig arbeitende, sucht zum 1. Oktober Stellung. [122]
 Angebote erbitten an Ludw. Holzborn, Dunderstadt (Harz), Westertor 593.

Maschinenmeister

der in der Stereotypie mit ausstellen muß, für große Rollendruck-Rotationsmaschine (Windmüller & Hühner) sofort gesucht. Nur solche, die an dieser Maschine gut Bescheid wissen, wollen sich melden.
 Paul Reuther, Remscheid a. Rh., Papiererarbeitungswerke.

Gleich wohin!

Schriftgießer

bewandert im Ahziden- und Interaktions- und Isetzt Stellung. Derselbe würde sich auch, wenn möglich, an der

Linotype

ausbilden. Offerten unter Nr. 20 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Wo

und unter welchen Bedingungen [123]
 19-jährig

Schriftgießer

Gelegenheit geboten, sich an der Sekmaschine auszubilden? Selbiger in Post. Werkleiter. Wertige Angebote erbitten Philipp Deth, Gutsa, Stoenstraße 26.

Egal wohin! Egal wohin!

Schriftgießer

in allen Sacharten bewandert, sucht sofort Stellung. [998]
 Off. Angebote an Philipp Deth, Schwaberg, Mollstraße 19.

Fremdsprachen- feger

perfekt Englisch und Französisch, in allen Sacharten bewandert, sucht als Seher oder Korrektor sofort Stellung. Rheinland bevorzugt (auch Ausland). Off. Angebote an S. Berges, Sonnen a. Rh., Kleinenstraße 12.

Russischer Seher

sucht angenehme Stellung. Werte Offerten erbeten unter Nr. 24 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Typographische

Modell U.B. vierjährige Praxis, sucht Stell. in Leipzig, egal wo, an liebsten dort, wo Gelegenheit, zu Erlern. und Mod. gegeben ist. Off. Angebote erbitten an Paul Gander, Wohlan, Bez. Breslau, Mühlentstraße 44. [27]

Lang. Tabellen- u. Ahzidenfeger

(Schweizer), l. all. Arbeit. verirr. seit 1921 als Zeitungsmettur tätig, sucht sich zum 15. Okt. zu veränd. Off. Angebote unter A. 17 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Vertreter gesucht

an allen größeren Orten zum Vertrieb von Verlegungen an Kollegen. Angebote an A. Stieg, München 8.

LEDIG, bewährte Kraft, firm in moderner Satztechnik (Erweiterer und Plattenschn.), sucht für sofortige Dauerstellung im In- oder Auslande

Angebote erbitten u. RNR 1 postlag. Dresden-N. O

Junger Maschinenmeister

21 Jahre alt, tüchtiger Ahziden-, Werk- und Illustrationsdrucker, mit allen vorkommenden Arbeiten verirr., sucht Stell. Offerten erbeten unter R. S. 19 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Farbendrucker

sucht dauernde Stellung. Prima Zeugnisse und Druckmuster vorhanden. Werte Zuschriften erbeten unter A. W. 25 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Gute Waren sind die billigsten!

Immer wird sich herausstellen, daß im Gebrauch solide Waren auf die Dauer billiger kommen als minderwertige.

Wir liefern gute Waren

zu soliden Preisen auf Teilzahlung. Katalog mit 1500 Abbild. kostenlos. Uhren, Goldwaren, Regulator, Wecker, Haushaltsartikel, Lederwaren, Koffer, Schirme, sämtliche Musik-Instrumente, Sprechapparate, Platten, Rasierartikel, Reisezeuge, Reiseleiter. Katalog für Photoapparate und Photoartikel
 Jonass & Co., Berlin M 407
 Belle-Alliance-Straße 7-10.

Ein sicherer Weg

zu geachteter, einträglicher Stellung ist die Teilnahme am Fernunterricht in Meßers „Buchführung f. Drucker“ nach neuzeitlicher Bearbeitung. Vorkenntnisse nicht erforderlich. Neue Kurse beginnen am 1. Oktober. Der Preis ist Julius Meßer, Leipzig-Do., Emselberg, Straße 13/17, sendet auf Verlangen ausführlichen Prospekt.

Maschinenband, Messingbenzinkanen, Kolonnenführer, Einziehfaben, Auslegestäbe für Schnellpr.

Beuer & Moil, [101]
 Döllsdorf, Groß-Wald-Straße 112.

Gegen monatl. Teilzahlung

liefern ich an Kollegen alle größeren Werke, wie Lexika, Klassiker, Geographische, Romanarien usw. Anfragen mit Rückporto an A. Stieg, München 8.

Am 11. September verstarb an Herzschlag in Freiberg der Maschinengeber [21]

Oskar Zimmel

im 57. Lebensjahre. Als treuer Verbands- und Spartenkollege bewahrt ihm ein ehrendes Andenken die Maschinengebervereinigung im Gau Dresden.

Am 20. September verstarb unser lieber Kollege, der Geher

J. S. P. Jedenhaus

aus Altona, im 61. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Ein arbeitsreiches Leben wurde durch den Tod eines lieben Kollegen beschloßen. Mitlen in der Arbeit verstarb im 62. Lebensjahre durch Schlaganfall der Geher

John Jedenhaus

Mit haben ihn werkschönen gelernt und werden seiner in Ehren gedenken. Altona, 21. September 1922. Die Kollegen der Firma Chr. Adoff.

Infolge Unglücksfall verstarb plötzlich unser lieber Kollege, der Geher

Johann Schoop

im Alter von 68 Jahren. Ein ehrendes Andenken ihm gebührt. Typographia Bergedorf 6. Sbg.

Am 13. September verstarb an Herzschlag unser lieber Kollege, der Drucker

Richard Quast

im Alter von 46 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Kollegen der Bräunbuchdruckerlei Denter & Nicolas, Berlin.